

Haushaltsrede 2011 Fraktion Freie Wähler

gehalten am 23.02.2011

Verehrte Anwesende,

im vergangenen Jahr ist, glaube ich, so oft wie noch nie das Wort SCHULDEN hin- und hergewälzt worden.

Unsere Aufgabe ist es, uns hier und heute mit dem diesem Thema zu beschäftigen.

Nehme ich einmal die voraussichtlichen Summen der Stadthauptkasse mit 33.661.037€, die Stadtwerke mit 13.791.377€(worin das Schwimmbad steckt) beide zum 31.12.2011 und den Kreditstand des Palatin zum 31.12.2009 mit 13.460.428€und zähle diese Summen zusammen, so ergibt dies einen Betrag von 60.912.878€ Dies ist der Betrag, für den nicht nur Zinsen aufzubringen sind, sondern der auch getilgt werden muß.

Nun stellt sich die Frage, wann und wie dies denn geschehen soll. Es gäbe da eine ganz einfache Lösung des Problems. Wenn 1000 Wieslocher Bürger jedes Jahr über einen Zeitraum von 6 Jahren 10.000€spenden würden, wären die Schulden getilgt. Der gleiche Effekt wäre zu erzielen, wenn jährlich 2000 Bürger 5.000€an die Stadtkasse spenden würden. Ich bin mir sicher diese Anzahl Bürger, die ohne ihren Lebensstandard einschränken zu müssen, diese Summen jährlich spenden könnten, gibt es in Wiesloch.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet müßte man doch eigentlich sagen, wir leben nicht über unsere Verhältnisse. Irgendwo in unserer Gesellschaft ist das Guthaben, das man gegen die öffentlichen Schulden aufrechnen kann, vorhanden. Will sagen, wir sind eigentlich gar nicht verschuldet. Nur ist das Geld nicht in der Stadtkasse. Ich glaube aber, daß es auf die geschilderte Art und Weise nicht dahin kommen wird, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß derartige Spendensummen ohne Mitbestimmung über die Verwendung öffentlicher Mittel gegeben würden.

Die Spender müßten sich Sorgen machen, in ein paar Jahren wäre die gleiche Situation wieder da.

In unserem gegebenen politischen System ist nicht vorgesehen, die Bürger auch über die Finanzen abstimmen zu lassen, und so werden wir weiter damit leben müssen, daß wir Volksvertreter „immer mehr zum Gespött werden“ durch „getroffenen Fehlentscheidungen“, wie uns jüngst ein Leserbriefschreiber in der RNZ meinte vorwerfen zu müssen.

Eine weitere Variante, mit den Schulden umzugehen, wäre eine Flucht in den Zynismus nach dem Motto: Alle machen Schulden, der Kreis, das Land und der Bund. Warum sollen wir uns zurückhalten? Wenn alles zusammenkracht, sind wir so oder so auch dabei. Das wäre allerdings eine fatale Lösung, auch wenn in Deutschland damit nach zwei Kriegen große Erfahrungen gesammelt wurden.

Ich meine, es bleibt uns, wenn wir seriös bleiben und den Nachkommen keine Katastrophe hinterlassen wollen, nur eines, nämlich den Abbau der Schulden und die Reduzierung der laufenden Kosten, indem wir nur die notwendigen Ausgaben tätigen und bei Investitionen genau abwägen, was für die Zukunft wichtig ist.

Die Aussage, wir hätten kein Ausgabeproblem, sondern ein Einnahmeproblem ist meines Erachtens nicht hilfreich zur Sanierung unserer Finanzen. Die Ausgaben können wir sehr wohl steuern. Niemand zwingt uns, Schulden zu machen, außer unsere Ansprüche.

Auf der Einnahmeseite können wir uns zwar bemühen, Investoren zu finden, die zu Gewerbesteuern beitragen, aber letztlich können wir dies nicht erzwingen.

Abgesehen vom mit viel Aufwand inszenierten aber, dann doch gescheiterten Versuch, durch eine Waffensteuer etwas zusammenzukratzen. Auch die Einnahmen aus einer Zweitwohnungssteuer werden nicht üppig ausfallen.

Das vergangene Jahr war nicht langweilig. Es war geprägt von fünf großen Themen. In der Äußeren Helde drohte ein schlimmer Stillstand durch für die Stadt ungünstige juristische Entscheidungen.

Unsere Zustimmung zum abschließenden Ausbau des Bahnhofs im Zweckverbandsgebiet Wiesloch-Walldorf entwickelte sich zum großen Aufreger, der immer noch seinen Nachhall auch in Leserbriefen findet.

Das Großprojekt Fachmarktzentrum stieß ebenfalls, wie sollte es anders sein, auf Widerstand, der sich in juristischen Auseinandersetzungen, Einsatz der Naturschutzgesetzgebung und Einsprüchen von Anwohnern äußerte.

Die Abschaffung der Unechten Teilortswahl schuf sicherlich in Schatthausen und Baiertal viel böses Blut. Spätestens bei den nächsten Wahlen wird sich zeigen, ob die Menschen in den Ortsteilen ihre Teilnahme an der Politik verstärken oder resigniert und enttäuscht abstinert werden.

Intern gab es eine Neuheit, eine sogenannte Strukturkommission, die in Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Verwaltung sich bemühen sollte, die laufenden Ausgaben hier insbesondere die sogenannten Freiwilligkeitsleistungen in den Griff zu bekommen, d.h. Sie zu reduzieren.

Dieses Experiment ist leider nur in Teilen geglückt. Die Liste an Kürzungen wurde zum kleinsten gemeinsamen Kompromiß. Und selbst dieser wurde von einer Fraktion in Frage gestellt, um sich politisch abzusetzen mit der seltsamen Begründung, weil der Bahnhof ausgebaut werde, seien sie gegen Ausgabenkürzungen andernorts.

Leider gab es auch Koordinationsfehler von Seiten der Verwaltung, sodaß ein dicker Brocken, der Aufschub der Einführung des Württemberger Modells bei der Kindergartenfinanzierung nicht realisiert werden konnte.

Nicht zu vergessen die knappe Ablehnung einer Umgehungsstraße. Dieses Thema führte zur Einrichtung eines Verkehrsforums. Allerdings zeigt der bisherige Verlauf, daß wohl mit sogenannten weichen Maßnahmen die Verkehrsproblematik in Wiesloch, die die ganze Stadt und nicht nur Alt-Wiesloch betrifft, keinesfalls gelöst werden kann. Eindringlich trat dies in der Diskussion über die Verkehrslenkung nach Inbetriebnahme des Fachmarktzentrums zu Tage.

Wie sind nun die Aussichten für das bereits laufende Jahr 2011, über dessen Haushalt wir heute entscheiden müssen.

Auf einzelne Positionen im Haushaltsplan möchte ich jetzt nicht eingehen. Ich denke bei der übergroßen Mehrheit im Rat herrscht Einigkeit über das vorgelegte Werk, gerade weil durch die Tätigkeit der Strukturkommission bereits im Vorfeld intensiv wie noch nie beraten wurde.

Es wird das fortwährende Bemühen der Verwaltung sein müssen, ständig ihre Arbeit so effektiv wie möglich zu tun, um sowohl die sachlichen als auch die personellen Ressourcen optimal und sparsam einzusetzen.

Bezüglich der sogenannten Freiwilligkeitsleistungen, die von der Strukturkommission unter die Lupe genommen wurden, werden wir nicht umhin kommen, strenger zu unterscheiden, was der Einzelne tun kann und was nur von der Gemeinschaft zu finanzieren ist. Wir sollten genauer hinschauen, ob nicht gerade im kulturellen Bereich mehr Kostendeckung erreicht werden kann, wo Angebote für die Teile der Bürgerschaft bereitgestellt werden, die über genügend eigene Mittel verfügen.

Bei Zuschüssen an soziale Einrichtungen sollten wir schon auch darauf achten, ob diese nicht über andere Quellen verfügen. Es ist nicht einzusehen, daß wir Kredite aufnehmen für Organisationen, die selbst genügend Finanzpolster haben.

Als Prinzip sollte gelten: Die weniger leistungsfähigen müssen unterstützt werden, aber die leistungsfähigen brauchen staatliche Hilfe nicht.

Wir sollten auch nicht in voreuseilendem Gehorsam besonders im Betreuungs- und Schulbereich Aufgaben übernehmen, für die andere Körperschaften des Staates zuständig sind und so die Verantwortlichkeiten verwischen helfen. Die Gefahr besteht, daß diese Lasten dann auf Dauer auch bei den Kommunen bleiben.

Der viel benutzte und schon verwaschene Bereich der „Nachhaltigkeit“ birgt tendenziell den Hang zu moralisch begründeten Ausgaben. Hier wie auch beim sogenannten Klimaschutz sollten wir nicht versäumen, ganz genau hinzuschauen und uns nicht zu Ausgaben verleiten lassen, die sich nicht rechnen und tatsächlich nicht zu Einsparungen führen.

Wir sollten nicht so vermessen sein uns zu verschulden, um die Welt zu retten. Da lachen sich nur jene ins Fäustchen, die in dem Bereich für heutige Verhältnisse fast schon unsittliche Profite erzielen, wie die entsprechenden Anlageprospekte, die ins Haus flattern, zeigen.

In diesem Zusammenhang weisen wir auf Seite 247 hin. Falls für den Haushalt diese oder jene zusätzliche Ausgabe vorgeschlagen werden sollte, so könnten wir bei der sog. „Energieberatung“ durchaus einsparen. Diese Branche leidet keineswegs an mangelnder Rendite und wäre doch in der Lage diese Kosten selbst zu schultern.

Gerade in den letzten Monaten wird über mangelnde Kommunikation der Verwaltung geklagt. Dies haben wir hauptsächlich im Kindergarten-, teilweise auch Schulbereich und ganz aktuell von Vereinsseite hören müssen. Wir bitten deshalb die Verwaltung darum verstärkt daran zu denken, ihre Pläne besser zu kommunizieren.

Wie soll es mit den Großprojekten im laufenden Jahr weitergehen?

Die Wohnungsbebauung auf dem Bahngelände schreitet zügig voran, der Bau des Fachmarktzentrums beginnt im März und wird hoffentlich dieses Jahr noch fertig, der Straßenbau zu dem Projekt steckt mitten in der Realisierung.

Die Äußere Helde gerät jetzt auch in ruhigere Gewässer, nachdem die Klagen vom Tisch sind und wir über alle Grundstücke verfügen können. Da ist die Verwaltung dringend gefordert, Dampf zu machen, um die Vermarktung voranzubringen.

Wenn dies mit der Firma Wüstenrot nicht geht, ist zu prüfen, ob auch ohne sie weitergearbeitet werden kann.

In der Berta-Benz-Realschule besteht dringender Handlungsbedarf. Hier sind wir uns, glaube ich, alle einig. Ein Abriß des Gebäudes und eine irgendwie geartete Neuerrichtung wäre ein ökologischer und wirtschaftlicher Aberwitz. Dabei werden wir Freien Wähler nicht mitmachen.

Es wird sich sicherlich eine Mehrheit dafür finden, Schritt für Schritt durch Sanierung auch diese Schule in einen solch guten Zustand zu versetzen, wie wir es bei den anderen Wieslocher Schulen schon seit Jahren praktizieren und dies im Vergleich zu vielen anderen Städten in vorbildlicher Weise.

Doch dürfen wir einem Trugschluß nicht erliegen. Die Investition in Gebäude ist nicht alleine gleichbedeutend mit Investition in Bildung, wie uns ein überschlauser Leserbriefschreiber diese Tage weismachen wollte. Wir können nur die guten Rahmenbedingungen schaffen. Die gute Bildung und Ausbildung findet im Gebäude tagtäglich statt und hat geeignetes, begeisterungsfähiges Lehrpersonal in ausreichender Zahl zur Voraussetzung, welches den Rücken frei hat für seine pädagogischen Aufgaben. Das alles können wir jedoch nicht garantieren. Dafür sind andere zuständig, außer wir würden die Schulen selbst betreiben.

Das vorerst letzte Investitions Großprojekt, dessen Beginn ins neue Jahr fällt, sollte der Endausbau des Bahnhofes in Wiesloch-Walldorf sein. Leider wurde und wird dieses notwendige und sinnvolle Gemeinschaftswerk mit Walldorf für andere politische Zwecke mißbraucht. So wie jetzt wiederholt auch in dem bereits genannten RNZ Leserbrief eine propagandistische Verknüpfung zwischen der Realschulsanierung und Bahnhofausbau hergestellt wurde.

Die Freien Wähler werden streng darauf achten, daß der Kostenrahmen für das Projekt nicht überschritten wird. Der Anfang war ja erst einmal positiv für uns. Sollten jedoch für den Hochbauteil die Kosten überborden, so werden wir unbedingt dafür plädieren Einsparungen an dem Projekt zu realisieren, z.B. kostensenkende Änderungen am Dach.

Eine Aufgabe, die wir schon seit Jahren vor uns herschieben will ich nicht vergessen zu erwähnen. Die sich langsam auflösende Infrastruktur, hier die Straßen, Wege und Brücken liegen wie Blei auf unseren Schultern. Je länger wir diese Arbeiten hinausschieben, umso teurer müssen wir dafür bezahlen.

Lassen Sie mich auch noch ein paar Worte zur allgemeinen gesellschaftlichen Lage äußern. Deutschland und speziell Baden-Württemberg funktionieren eigentlich im Vergleich zu vielen anderen Ländern der Welt perfekt. Die Produktion von Waren, Dienstleistungen und der Transport ist wohl organisiert, wir haben warme Wohnungen in meist ausreichender Größe und die meisten Menschen können sich viel mehr leisten als das Essen, und die Kleidung. Aber doch hat man das Gefühl es fehlt an etwas. Es fehlt, so scheint es, an einer gehörigen Portion Aufbruchstimmung und Glauben an die Zukunft. Im unlängst abgelaufenen Bürgermeisterwahlkampf in Walldorf hörte man von einem Kandidaten das Versprechen, eine „Wohlfühlstadt“ zu schaffen. Wenn das das Programm von politischen Kräften ist, die sich dem Aufbruch verschrieben haben, dann sieht es düster aus.

Die „Wohlfühlstadt“ klingt doch eher nach Biedermeier und Gartenzwerge vor dem Haus, als nach Gestaltung der Zukunft.

Auch bei der Bewegung gegen den Bahnhofumbau Stuttgart 21 wird man das Gefühl nicht los, dies sei großteils eine auf sich selbst bezogene Bewegung, die ihr Umfeld ausblendet und ihren Vorgarten erhalten möchte.

Ich meine, da werden langsam die Auswirkungen des größten Vergehens, das sich unsere Gesellschaft leistet, sichtbar. Ich habe oben schon einmal den Begriff Nachhaltigkeit erwähnt.

Wenn der Begriff Nachhaltigkeit zum Tragen kommen sollte, dann doch in einem wohl ausgeglichenen Verhältnis der Generationen.

Die mangelnde Bereitschaft zu vieler Menschen Kinder zu bekommen und sie großzuziehen, verhindert diese wichtigste Investition in die Zukunft.

Ganz aktuell haben wir in Nordafrika vor Augen, daß einzig mit der Jugend Zukunft geschaffen werden kann. Ich glaube wir sollten von diesen Völkern lernen.

Zum Schluß möchte ich es nicht versäumen, mich im Namen der Fraktion der Freien Wähler bei allen an der Gestaltung unseres Gemeinwesens beteiligten auch ehrenamtlichen außerhalb des Gremiums und allen Beschäftigten der Stadt für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr zu bedanken.

Dieter Bruder, Freie Wähler